

Amt der Wiener Landesregierung
Magistratsabteilung 22 – Wiener Umweltschutzabteilung
Dresdner Straße 45
1200 Wien
E-Mail: post@ma22.wien.gv.at
Fax: +43 1 4000 9973415

Espoo-Verfahren: Neue Kernkraftanlage am Standort Jaslovské Bohunice, Slowakei

Das Atomkraftwerk Jaslovské Bohunice liegt nur etwa 85 Kilometer von Wien entfernt und gefährdet Wien bei einem Unfall. Im Sinne einer nachhaltigen Energiezukunft und einer Vermeidung der schwerwiegenden potenziellen Risiken der Kernenergie, spreche ich mich hiermit gegen das geplante Projekt aus.

- In der UVP-Dokumentation fehlt die Betrachtung alternativer Standorte. Der Standort Jaslovské Bohunice ist auf Grund der seismischen Gegebenheiten nicht optimal. Zusätzlich birgt auch der bereits vorhandene havarierte Reaktor A1 Risiken.
- Die Darstellung von Alternativlösungen, die auch erneuerbare Energieträger einbeziehen, fehlt. Ein sinnvoller Alternativplan aus erneuerbarem Energieträgermix und Effizienzsteigerung bei Erzeugung und Verbrauch muss Teil der UVP sein. Der Verweis, dass eine höhere Einspeisung erneuerbarer Energieträger in das Netz der Slowakei nicht möglich ist, stimmt nicht. Die angegebenen technischen Potentiale für erneuerbare Energieträger sind nicht nachvollziehbar.
- Stromerzeugung mit Atomenergie ist wirtschaftlich nicht sinnvoll möglich, die Umwelt- und Folgekosten muss immer die Allgemeinheit tragen. Kernenergie trägt auch nicht zur Umsetzung von Klimaschutzziele bei. Durch die klimawandelbedingten höheren Temperaturen werden AKW mit ihrem großen Kühlbedarf in Zukunft immer anfälliger. Der Kühlwasserbedarf des KKW Jaslovské Bohunice muss über relativ kleine Gewässer gedeckt werden. Das Problem der Endlagerung von radioaktiven Abfällen ist nicht gelöst.
- Die Ausbreitungsrechnung für die Radionuklide zur Beurteilung der Auswirkungen schwerer Unfälle auf Wien, ist auf Grund der Angaben in der Dokumentation nicht nachvollziehbar. Andere Berechnungsarten (z. B. FlexRISK) schätzen das Risiko höher ein.

Da in einem Störfall mir erwachsende materielle und immaterielle Schäden keinesfalls abgedeckt werden können, bekräftige ich noch einmal meine Ablehnung dieses Projekts und ersuche die zuständige UVP-Behörde das Projekt abschlägig zu beurteilen.

Ich fordere die zuständige Behörde auf, mir im Rahmen einer öffentlichen Anhörung in Österreich die Möglichkeit zu geben zu dem Projekt mündlich Stellung nehmen zu können, wie dies der slowakischen Bevölkerung in der Slowakei möglich ist.

Name, Adresse

Ort, Datum

Unterschrift